



Kanton Zürich

Statthalteramt Bezirk Pfäffikon

Bundesfeier am 1. August 2017 in Wildberg

Ansprache von Hans Rudolf Kocher, Statthalter des Bezirkes Pfäffikon

Geschätzter Gemeindepräsident Dölf Conrad

Geschätzte Wildbergerinnen und Wildberger

Geschätzte Gäste aus nah und fern

Als ich Mitte März 2017 vom Gemeinderat Wildberg angefragt wurde, ob ich bereit sei, heute Abend hier die 1. August-Rede zu halten, war das für mich eine Ehre, die mich sehr gefreut hat. Nach einer kurzen familien-internen Abklärung über die Pläne für den Bundesfeiertag, habe ich gerne zugesagt.

Während meiner zwanzigjährigen Tätigkeit als Gemeindeschreiber in Hittnau habe ich während einigen Jahren selber Ausschau nach möglichen Rednerinnen und Rednern für die Bundesfeier gehalten und ich war jedes Mal froh, wenn ich eine Zusage erhalten hatte. – Ich denke, dass ist in Wildberg nicht anders!

Beim Schreiben einer 1. August-Rede stellen sich wohl für alle Rednerinnen und Redner immer wieder die gleichen Fragen:



Was feiern wir heute eigentlich? – Geht es nur darum, ein fröhliches Fest zu feiern, mit Grillbratwurst, Musik, Höhenfeuer und Feuerwerk? – Oder, geht es doch auch noch um etwas Anderes?

Weil es nach wie vor bei (fast) allen offiziellen Bundesfeiern dazu gehört, dass eine Rede gehalten wird, gehe ich davon aus, dass die Bundesfeier für viele Leute mehr ist als nur ein gemütliches Sommer-Fest.

Der Geburtstag der Schweiz wird – wie ich in Erfahrung bringen konnte – erst seit 1889 am 1. August gefeiert, mit dem Bundesbrief aus dem Jahr 1291 als Grundlage. Vorher galt während längerer Zeit der 8. November 1307 als Geburtstag der Eidgenossenschaft. Das ist aber meiner Meinung nach nicht so wichtig. Es ist doch viel angenehmer, im Sommer zu feiern als im Spätherbst oder gar im Winter!

Wir sind uns sicher alle einig, dass wir allen Grund haben, mit grosser Dankbarkeit den Nationalfeiertag zu begehen. Dass wir uns in der Schweiz in einer äusserst komfortablen Lage befinden, ist sicher auch unbestritten.

Das zeigen uns nur schon täglich der Blick in die Tageszeitungen, die Bilder und Nachrichten in der Tagesschau, im 10 vor 10 und so weiter....



In diesem Zusammenhang kommt mir etwas in den Sinn, was ich kürzlich zu unserem Verhältnis zur Schweiz, zum Staat oder auch zur Gemeinde aufgeschnappt habe: Bei diese Verhältnis sei es häufig so wie dies bei vielen älteren Ehepaaren offenbar sein soll: Es werde viel genörgelt, aber man wollte doch nicht etwas Anderes haben.....

Auch wenn es uns gut, ja sogar sehr gut geht, bin ich der Meinung, dass wir uns nicht einfach zurücklehnen dürfen und uns in der Sicherheit wiegen, dass das immer so bleiben wird, einfach so.

Damit wir unseren Wohlstand in der Schweiz für Jung und Alt für einen ganz grossen Teil der Bevölkerung nachhaltig erhalten und entwickeln können, bedarf es grosser Anstrengungen von ganz vielen Personen, ja von uns allen.

Ganz viele Leute müssen bereit sein, einen Beitrag zu leisten, der über die ganz privaten, individuellen – um nicht zu sagen egoistischen – Bedürfnisse hinausgeht.

Wir müssen aber auch bereit und offen sein für Veränderungen. Wir befinden uns im Zeitalter der Digitalisierung und auch sonst sind wir in einer sehr schnelllebigen Zeit. Das ist für uns alle eine grosse, zum Teil riesige Herausforderung, der wir uns stellen müssen, ob wir wollen oder nicht.



Ich appelliere deshalb heute Abend auch oder vor Allem an die ältere Generation, diese Herausforderung anzunehmen und nicht einfach den Kopf in den Sand zu stecken, nach dem Motto: "Das betrifft mich nicht mehr, ich verstehe das nicht und ich kann das eh nicht brauchen!" – Dabei sind mit der zunehmenden Digitalisierung auch für die älteren Personen viele Chancen für Erleichterungen und Verbesserungen der Lebensqualität verbunden. Ich denke da an das Einkaufen per Mausclick oder die Möglichkeiten zu einer lebendigen Kommunikation mit seinen Nächsten und Liebsten, wenn die Kräfte nachlassen, selber auswärts einzukaufen oder generell mobil zu sein.

Wenn ich von Offenheit für Veränderungen rede, kommen mir in Wildberg – vielleicht nicht ganz zufällig - auch unsere recht kleinräumlichen, oder kleinräumlich gewordenen Gemeindestrukturen in den Sinn. Unsere heutigen Gemeinden haben eine lange, ja eine sehr lange Tradition. Ich habe bei meinen Recherchen nicht herausgefunden, wie lange es die heutige Gemeinde Wildberg schon gibt. Ich habe lediglich entdeckt, dass Pfäffikon seit dem Jahr 1832 Bezirkshauptort ist.



Es stellt sich tatsächlich die Frage, wollen wir etwas, das schon so lange besteht, auf alle Fälle und mit allen Mitteln bewahren, verteidigen?

Ich will mit dieser Fragestellung nicht "Gemeindefusionen" als Allerwelts-Heilmittel propagieren. Ganz und gar nicht.

Ich finde aber, es gibt gute Gründe, um über unsere heutigen Gemeindestrukturen nachzudenken. Die Behörden und Verwaltungen der Gemeinden und insbesondere der kleineren und mittleren Gemeinden sind zunehmend konfrontiert mit grossen, anspruchsvollen Aufgaben, Schwierigkeiten und Herausforderungen:

Es sind aber nicht nur der finanzielle Druck oder die immer dichter werdende Gesetzesflut, die zu schaffen machen.

So wird es in vielen Gemeinden immer schwieriger, immer wieder genügend nebenamtliche Behördenmitglieder zu finden. Vielerorts können die Behördenämter gerade so "hüb chlüb" besetzt werden. Eigentliche Auswahlverfahren oder gar Kampfwahlen bilden die Ausnahmen.

Warum ist das so?

Ich kann diese Frage auch nicht abschliessend und mit Sicherheit beantworten!



Ich habe grundsätzlich Verständnis dafür, wenn jemand der voll berufstätig ist, ein nebenamtliches Behördenmandat wegen der damit verbundenen hohen zeitlichen Belastung nicht auf sich nehmen kann oder das auch nicht will. Wenn die nebst der beruflichen Belastung verbleibende Zeit für die Familie oder für Sport, Kultur oder ein anderes Freizeit-Vergnügen eingesetzt wird.

Und dennoch finde ich es keine gute Entwicklung, dass in den kommunalen Behörden die Zahl der berufstätigen Mitglieder immer kleiner wird.

Insbesondere grosse oder gar internationale – Arbeitgeber sind zunehmend weniger bereit, ihren Angestellten ein nebenamtliches Behördenmandat überhaupt zu ermöglichen. Man muss sich bei einem neuen Arbeitgeber im Bewerbungsverfahren fast entschuldigen, dass man noch ein Behördenamt inne hat...

Nebst den hohen Ansprüchen der Arbeitswelt dürfte aber auch die gegenüber früheren Zeiten grösser gewordene Anspruchshaltung der Bevölkerung mitverantwortlich sein, dass ein Engagement in einer Milizbehörde auf kommunaler Ebene tendenziell weniger attraktiv geworden ist.



Auch in kleineren und mittleren Gemeinden wird von den Behörden und der Verwaltung hoch professionelle Arbeit erwartet und eingefordert. Wenn dem mal nicht so ist, werden alle zur Verfügung stehenden Rechtsmittel beansprucht. Ich möchte nicht falsch verstanden werden. Das ist selbstverständlich absolut legitim und nicht zu beanstanden.

Dazu ein aktuelles Beispiel aus einer Gemeinde ganz in der Nähe: Weil viele Bürgerinnen und Bürger mit der vom Gemeinderat beschlossenen, zugegebenerweise massiven Erhöhung der Wasser- und Abwassergebühren nicht einverstanden sind, gingen gegen diesen Beschluss beim Bezirksrat mehr als 60 Rekurse ein, die von weit mehr als 200 Personen mitunterzeichnet wurden.

Ich kann mir vorstellen, dass ein solcher Sturm der Entrüstung für nebenamtliche Behördenmitglieder belastend sein kann, weil – das setze ich voraus – sie eigentlich nur das Beste für die Gemeinde wollten.

Das zeigt aber auch, dass viele Leute sich vor allem dann einsetzen und sich wehren, wenn es um ihre ganz privaten Interessen geht.



Wenn es aber um ganz allgemeine, eher abstrakte Angelegenheiten geht, ist das Interesse häufig sehr bescheiden. So konnte kürzlich dem Zürcher Oberländer entnommen werden, dass an einer im Juni stattgefundenen Rechnungs-Gemeindeversammlung im Bezirk Pfäffikon der Gemeindepräsident die grösste Mühe hatte, jemanden als Stimmzähler zu finden, der nicht in irgendeiner der antragstellenden Behörden oder der RPK Mitglied war....

Für kleinere und mittlere Gemeinden wird es zudem immer schwieriger, gut ausgebildetes und ebenso qualifiziertes Personal zu finden. Für gewisse Funktionen, wie Bau- oder Steuersekretärinnen oder –Sekretäre, ist der Markt derart ausgetrocknet, dass es Gemeinden im Zürcher Oberland gibt, die über Monate oder zum Teil Jahre mit teuren Springer-Lösungen Vakanzten überbrücken müssen.

Die Schwierigkeiten kleiner und mittlerer Gemeinden gut qualifiziertes Personal zu finden, könnte möglicherweise dadurch entschärft werden, dass die Gemeinden als attraktivere Arbeitgeber auftreten. Damit meine ich nicht in erster Linie den Lohn, sondern z.B., dass die Möglichkeit geboten wird, dass auch Kaderangestellte oder gar die Gemeindeschreiberin oder den Gemeindeschreiber mit einer Teilzeit-Anstellung arbeiten können.



Viele junge Paare haben den Wunsch, dass auch während der Kinder-Phase beide berufstätig bleiben können, weil sie beide gut ausgebildet sind und nicht in ein paar Jahren "weg vom Fenster sein wollen".

Das geht in der Regel nur, wenn beide auch in Teilzeit arbeiten können. In Bezug auf solche Möglichkeiten haben viele Gemeinden meiner Meinung nach noch Nachholbedarf.

Die Herausforderungen genügend nebenamtliche Behördenmitglieder und gut qualifiziertes Personal zu finden, sind nicht die einzigen Probleme, die kurz-, mittel- oder längerfristig unsere Gemeindestrukturen gefährden.

Von zentraler Bedeutung ist sicher der seit längerer Zeit zunehmende finanzielle Druck auf die Gemeinden, der für die finanzschwachen Gemeinden ein bedrohliches Ausmass angenommen hat.

Die heutigen Gemeindestrukturen sind auch dadurch in einem Wandel begriffen, dass immer mehr Aufgaben nicht mehr kommunal, sondern regional oder gar kantonale ausgeführt werden. Ich denke da an das Zivilstandsamt, die Zusatzleistungen zur AHV/IV, das Betreibungsamt, das Friedensrichteramt, den Zivilschutz, den Kinder- und Erwachsenenschutz, regionale Entsorgungsstellen usw.



Auch das ist eine Entwicklung, die noch lange nicht abgeschlossen ist und die kaum aufgehalten werden kann. Für viele Dienstleistungen sind wir nicht mehr zwingend auf eine örtliche Gemeindeverwaltung angewiesen.

Ich frage in die Runde: Wer füllt die Steuererklärung noch von Hand mit Kugelschreiber aus? Wer geht noch ins Wahlbüro oder ins Gemeindehaus beim Abstimmen und Wählen? Generell: Wann sind Sie zum letzten Mal im Gemeindehaus gewesen für eine Dienstleistung der Gemeinde?

Irgendwann stellt sich die Frage: Was bleibt uns noch als eigenständige Gemeinde? Sind wir wirklich noch eigenständig, oder bereits weitgehend fremdbestimmt?

Ich möchte nicht schwarzmalen und möchte mich auch nicht als "Fusions-Turbo" verstanden wissen. Ich finde es gut und richtig, wenn sich kleinere Gemeinden nicht einfach aufgeben und sich einer benachbarten, grösseren Gemeinde anschliessen, die dann damit auch noch einverstanden sein muss.

Denn, nicht alles was grösser ist, ist automatisch auch besser. Eine grössere, gar städtische öffentliche Verwaltung ist nicht Apriori qualitativ besser als eine kleinere Verwaltung. Das habe ich als langjähriger Gemeinde- und Stadtschreiber selber erfahren.



Wie kontrovers zum Thema Gemeindefusionen in den Medien berichtet wird, zeigen die zwei folgenden Beispiele:

Die Rundschau im Schweizer Fernsehen berichtete im Dezember 2016, dass mit Gemeindefusionen kaum ein Spareffekt verbunden sei.

Handkehrum geht aus einer von "Avenir Suisse" publizierten Studie hervor, dass bei den meisten Gemeindefusionen im Nachhinein die Zufriedenheit der Beteiligten überwiegt.

Beides dürfte seine Richtigkeit haben!

Vor vielen Jahren sagte einmal der langjährige frühere Stadtpräsident von Schaffhausen, Max Hess, in einem Referat: "Es gibt keine ideale Gemeindegrösse, es gibt nur für jede Gemeinde eine ideale Organisation." Das heisst, wenn es den Verantwortlichen einer kleineren Gemeinde immer wieder gelingt, dank einer geschickten Politik die zu bewältigenden Aufgaben in einem möglichst optimalen Mix aus selber machen und Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden sicherzustellen, kann eine solche Gemeinde unter Umständen besser und möglicherweise kostengünstiger aufgestellt sein und funktionieren als eine wesentlich grössere Gemeinde.



Sie sehen, es gibt beim Thema Gemeindeorganisation kein Patentrezept, es gibt nicht nur Schwarz oder Weiss.

Ich wünsche Ihnen hier in Wildberg, dass Sie immer wieder das "Gschpüri" haben werden, was für Ihre Gemeinde und Ihre Bevölkerung zurzeit und in Zukunft gut sein wird, in welcher Richtung die Entwicklung auch immer gehen mag.

Ich wünsche uns allen, dass es immer wieder genügend Leute gibt, die sich für die Allgemeinheit einsetzen werden, sei dies in einer Behörde, in Vereinen, in der Nachbarschaftshilfe ganz im Stillen, wo auch immer dies nötig ist!

Gerade mit Blick auf die vielen Veränderungen, die auf allen Ebenen und in allen Lebensbereichen im Gange sind, wünsche ich uns allen auch, dass wir in der Schweiz, im Kanton, in der Gemeinde oder im Quartier, weiterhin auf die gegenseitige Solidarität und Toleranz, auch über die Landes-, Kantons- und Gemeindegrenzen hinaus, zählen können. – Wenn dem so ist, können wir mit Freude, Dankbarkeit und Stolz auch in Zukunft den 1. August als Geburtstag einer solidarischen und toleranten Schweiz feiern!



In diesem Sinne wünsche ich uns allen weiterhin eine schöne, fröhliche Bundesfeier und alles Gute für die Zukunft!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Hittnau, 1. August 2017 HK